

Erwerbslose



ohne uns

Sehr geehrte Damen/Herren,

am 21.02.06 begann eine Gesprächsrunde zum Thema: Unser Konflikt mit dem „1 Euro-Job“.

Nach vielen Gesprächen und Auseinandersetzungen mit der Problematik haben wir uns entschlossen, diesen Konflikt in einer „öffentlichen Verhandlung“ aufzugreifen und zu thematisieren.

Über 130 Menschen kamen am 16. Februar 2007 zur öffentlichen Verhandlung.

Die große Mehrheit war sich einig darin, dass statt der „1 Euro-Jobs“ sozialversicherungspflichtige und armutsfeste Arbeitsplätze einzurichten sind.

Die Teilnehmenden forderten an diesem Abend auch nachdrücklich die sofortige Abschaffung des Zwangs zu einem „1 Euro-Job“.

Die absolute Freiwilligkeit ist zu gewährleisten. (Artikel 12 Grundgesetz)

Heute reichen wir Ihnen die dazu verfasste Klage und den Urteilsspruch ein.

Wir hoffen, dass Sie im Sinne des von uns gefällten Urteils künftig ihre Arbeit/Politik gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

„1 Euro-Job“ Initiative

Eingereichte Klagen

zur ÖFFENTLICHEN VERHANDLUNG am 16.02.2007

Kläger sind die Mitglieder der Gesprächsrunde „Unser Konflikt mit dem „1-€-Job“.“
Sie haben die folgenden Klagen eingereicht.

Die Beklagten und Klagen sind:

1. Die politischen Entscheidungsträger und die Regierung.
 - 1.1. Sie haben die Hartz-Gesetze beschlossen und den „1-€-Job“ zum maßgeblichen Instrument der Arbeitsmarktpolitik werden lassen. Sie fördern mit dem Instrument „1-€-Job“ die Vertiefung der Spaltung in der Gesellschaft.
 - 1.2. Durch Liberalisierung der Wirtschaft und Veränderung der Steuergesetze wird der Staat unfähig, die Grundversorgung für die Menschen des Gemeinwesens zu gewährleisten.
2. Wirtschaftsführer, Wirtschaftswissenschaftler und Medien.

Sie haben ein politisches Klima geschaffen, mit dem sie den Vorrang einer liberalisierten Wirtschaftspolitik vor der Bindung der Wirtschaft an das Gemeinwohl durchsetzten. Dadurch sind sie maßgeblicher Verursacher für die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich.
3. Der Bremer Senat.

Er hat potentielle Arbeitsplätze des 1. Arbeitsmarktes mit „1-€-Job“- Beschäftigten besetzen lassen. Er fördert damit die Tendenz einer abwärts führenden Lohnskala.
4. Die Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales – BAGIS.

Die BAGIS wendet das Instrument „1-€-Job“ an.

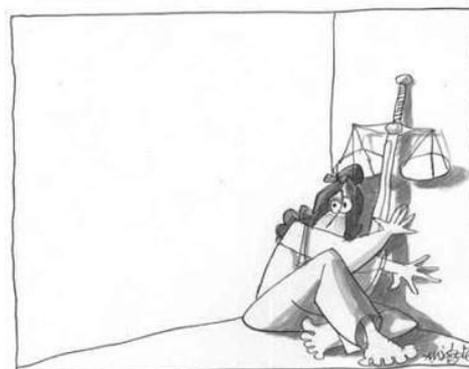
Bei der Durchführung ihrer Aufgabe wird sie dem mit ihrem Namen verbundenen Anspruch von Fordern und Fördern nicht gerecht. Sie ist Vollstrecker disziplinierender, entwürdigender Verfahrens- und Behandlungsweisen.

5. Die Sozialverbände und Einrichtungen, Beschäftigungsträger Netzwerk- Koordinatorinnen und die Bremer Arbeit GmbH – b a g:

Viele von ihnen haben anfänglich das Instrument „1-€-Job“ abgelehnt und einige übten im Vollzug der Organisation Kritik am Instrument wie am Verfahren. Dennoch haben sie das Instrument genutzt und organisiert. Damit haben sie der Akzeptanz des Instrumentes Vorschub geleistet und sind beteiligt an den gesellschaftlichen Folgewirkungen dieses Instrumentes.

6. Die „1-€-JobberInnen“

sind das letzte Glied in der Hierarchie zur Realisierung dieses Instrumentes, also auch eingebunden in das Gesamtgefüge. Die „Öffentliche Verhandlung“ wird zeigen, welche Rollen zum Instrument sie einnehmen und wie sie gegen das Instrument vorgehen können oder müssten.



Urteilsspruch der öffentlichen Verhandlung über „1 € Jobs“

Zu 1. Politische Entscheidungsträger und Regierungen

1 Euro-Job Initiative

Adresse: Blaue Karawane e.V. Speicher XI, Abt. 4, Am Speicher XI, 28217 Bremen

- 1.1. Die Beklagten sind aufgefordert, der Arbeitsmarktpolitik eine andere gesetzliche Basis zu geben. Die Existenzsicherung, Selbst- und Mitbestimmung sowie Freiwilligkeit müssen Grundlage sein, für die verantwortliche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Arbeitszwang steht im völligen Gegensatz zu Art. 12 Grundgesetz.
- 1.2. In Anbetracht der sich vertiefenden Spaltung der Gesellschaft werden die Beklagten verpflichtet, die für die Organisation und Einrichtung der „1-EUR-Jobs“ eingesetzten Gelder für die Bildung sozialversicherter, vor Armut schützender und für langfristig ausgerichtete Arbeitsplätze zu verwenden; im Sinne des Vorschlages „ 3 statt 4 „.

Zu 2. Die Wirtschaft

Die Wirtschaft wird aufgefordert, existenzsichernde Arbeitsplätze einzurichten und zu erhalten. Alle Menschen haben ein Recht darauf in Würde und Freiheit zu leben und zu Arbeiten. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Einhaltung der Menschenrechte auch für die Deutsche Wirtschaft gilt.

Menschenrechte Artikel 23 (3) Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert...

Außerdem fordern wir Sie auf, endlich den Artikel 14 (2) Grundgesetz einzuhalten.

Artikel 14 (2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Zu 2a. Die Medien

Die Verantwortlichen in den Medien werden nachdrücklich auf den eigenen Pressekodex verwiesen: ... sorgfältig, selbstkritisch und auch verantwortlich mit publizistisch-ethischen Grundsätzen umzugehen. Bezugnehmend auf die Themen Arbeitsmarktpolitik und Erwerbslosigkeit werden sie angewiesen nicht weiter einseitig zu berichten. Positive und negative Seiten der Arbeitsmarktpolitik sind im Sinne einer differenzierten Berichterstattung korrekt zu beleuchten und darzustellen. Darstellungen, in denen die erwerbslosen Menschen in ihrer Würde verletzt werden, verstoßen gegen den Pressekodex. Nicht individuelles Versagen und mangelndes Interesse, sondern fehlende Arbeitsplätze sind Ursache der Erwerbslosigkeit. Jede Form von Berichterstattung, die eine individuelle Schuldzuweisungen und damit Diskriminierung in den Mittelpunkt stellt, ist zu unterlassen, da sie den berufsethischen Prinzipien der Medien widerspricht.

Zu 3. Bremer Senat

Der Senat wird aufgefordert, gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten in den Bereichen Kultur, Bildung, Soziales und Gesundheit, die von „1-EUR-Job“-Beschäftigten ausgeübt werden, in tariflich angemessene Arbeitsverträge umzuwandeln.

Der Senat wird aufgefordert, Schritte einzuleiten, die dem Vorschlag: -3 versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse statt 4 „1 € Jobs“- entsprechen. Der Tendenz einer immer weiter abwärts führenden Lohnskala ist entgegenzuwirken.

Zu 4. B A g I S

- In Anerkennung der Tatsache, dass der Arbeitsmarkt nur in unzureichendem Maße Arbeitsplätze anbietet,
- in Anerkennung der Tatsache, dass die BAGIS in gesetzlichen Bindungen steht,
- in Anerkennung der Tatsache, dass bei der BAGIS "Kunden" zu oft in ihrer Persönlichkeit und ihrer Würde verletzt abgefertigt werden,

1 Euro-Job Initiative

Adresse: Blaue Karawane e.V. Speicher XI, Abt. 4, Am Speicher XI, 28217 Bremen

werden die Geschäftsführungen verpflichtet: die Anweisungen zur Handhabung der Beratungen so zu fassen, dass die MitarbeiterInnen eine fördernde, dem Menschen gerecht werdende Haltung einnehmen können.

Zu 5. Sozialverbände, Beschäftigungsträger, Vereine, Netzwerk-KoordinatorInnen, Bremer Arbeit GmbH

- In Anerkennung der Einbindung der Beklagten in gesetzliche festgelegte Bedingungen
- In Anerkennung der finanziellen Abhängigkeit der Beklagten
- In Anerkennung der Tatsache, dass einige Träger und OrganisatorInnen das Instrument „1 Euro-Job“ so gestalten, dass die Beschäftigten einen Gewinn an Lebensqualität erfahren sind sie gefordert, die Ablehnung des Instrumentes „1 Euro-Job“ öffentlich zu bekunden und das Umschwenken in der Arbeitsmarktpolitik aktiv zu fördern und versicherungspflichtige, existenzsichernde Arbeitsplätze einzufordern und anzubieten.

Zu 6. Die „1-EUR-JobberInnen“

Sie sind nicht von den eingereichten Klagen angesprochen worden.

Dennoch fühlen sich die Richter veranlasst, eine Empfehlung oder Ermunterung zu äußern: Trennen Sie in Ihrer Betrachtung die zwei Seiten der Medaille.

1. die aktuellen, positiven Wirkungen der Maßnahme „1-EUR-Job“ für sich selbst
2. die langzeitigen, gesellschaftlichen Folgewirkungen, die auch Sie treffen.

Die Konsequenz aus dieser Betrachtungsweise soll dazu führen:

1. Das Instrument persönlich zu nutzen, aber
2. Den „1-EUR-Job“ als arbeitsmarktpolitisches Instrument öffentlich abzulehnen.



Die Gerechtigkeit von
Lucas Cranach de Oude

Layout: GGK